

aktiv am sozialen Leben der DDR partizipierten, tendierten sie seit den 1960er Jahren zu Selbstisolation und zeigten eine geringe Motivation zum Spracherwerb und Studium.

Namsee Kim (Humboldt-Universität zu Berlin) verwies in seinem Beitrag auf die besonderen Belastungen des „provisorischen Lebens“ der derzeit ca. 5.000 *südkoreanischen Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland*. Da ihr Aufenthaltsstatus an den Studienzweck gebunden ist, können sie keine langfristige Bleibeperspektive entwickeln, müssen sich aber dennoch während ihres durchschnittlich neunjährigen Aufenthalts in den deutschen Alltag integrieren.

Sung-Sin Wolfram (Universität Hamburg) stellte in einem Vergleich zwischen *binationalen Ehen* in Deutschland und mononationalen Ehen in Korea fest, dass Koreanerinnen durch die Migration und das Leben in Deutschland einen veränderten Umgang in ihren Partnerschaften aufweisen. Je mehr koreanische Frauen sich der deutschen Kultur angepasst hatten, desto eher bezeichneten sie ihre Partnerschaft als „glücklich“.

Sun-Heui Yi (Technische Universität Berlin) verwies auf die Bedeutung der Arbeit und der Migrationserfahrung für den *Emanzipations- und Politisierungsprozess* koreanischer Frauen. Trotz tief greifender Diskriminierungserfahrungen im Bereich der Arbeit, gelang es ihnen durch die ökonomische Unabhängigkeit und den Abstand zu den patriarchalen Strukturen in Korea, eigene und unkonventionelle Wege zu gehen und sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen.

Jung-Sook Yoo (Koreanische Frauengruppe in Berlin e.V.) zeigte am Beispiel der so genannten Maigedenkfeier wie die *Solidarisierung mit der Demokratisierungsbewegung in Korea* die gesellschaftspolitische Integration koreanischer MigrantInnen in Deutschland gefördert hat. Seit der brutalen Niederschlagung einer Demonstration am 18. Mai 1980 durch die Militärdiktatur in Korea findet in Deutschland jährlich ein dreitägiges Treffen statt. Dieses erfüllt neben der politischen auch eine soziale Funktion.

Hye-Young Haubner

„Frieden im Pazifik!? Bougainville, Salomonen, Fidschi und West-Papua: Westpazifische Inselstaaten zwischen Auflösungen und Friedenslösungen“

Fachtagung, Kooperationsveranstaltung der Träger der Pazifik-Informationsstelle (Pazifik-Netzwerk, Evangelisches Missionswerk, Nordelbisches Missionszentrum, Leipziger Missionswerk, Centrum Mission EineWelt, Missio), Neuendettelsau, 17.-20.04.2008

Als Referenten dieser Konferenz konnten Sinclair Dinnen (ANU Canberra), Steven Ratuva (USP Suva), Sister Lorraine Garasu (Bougainville InterChurch Women's

Forum), Uwe Hummel (Vereinte Evangelische Mission Wuppertal) und der australische Botschafter in Deutschland, Ian Kemish, gewonnen werden.

Den Beginn machte Ratuva, der sich mit der Situation in Fiji nach dem letzten Militärputsch im November 2006 beschäftigte. Dabei stellte er die Ereignisse nicht isoliert dar, sondern zeigte die Zusammenhänge auf, die zwischen den bisherigen vier Coups in Fiji bestehen und die in Fiji selbst als „coup culture“ angesehen werden. Darüber hinaus stellte er die Coups in Fiji in einen globalen Rahmen. Dabei zeichnete Ratuva ein vergleichsweise düsteres Bild sich selbst regenerierender Coup-Gründe, die zumindest tendenziell immer wieder zu politischer Instabilität in Fiji führen. Ratuva leitete seine überzeugende These historisch und demographisch ab, wonach das sich ändernde quantitative Verhältnis zwischen Indigenen und Indern Motivationen zu Neuregelungen und somit zu Umstürzen geführt hat. Weitere Gründe sah er in politischen, ökonomischen und kulturellen Faktoren, die sich aus dem Nebeneinander beider Gruppen ergeben. Als ausschlaggebenden Akteur identifizierte er die Streitkräfte des Inselstaates. Ratuva beschränkte sich dabei aber nicht nur auf die Beschreibung der „coup-culture“, sondern zeigte auch Lösungsvorschläge auf. Diese liegen v. a. in einer weitreichenden Demokratisierung des Landes, Wahlen im Rahmen eines intensivierten Dialogs beider Bevölkerungsgruppen und vor dem Hintergrund eines strukturellen Wandels im Wahlsystem sowie in der Einbindung des Militärs in den Demokratisierungsprozess.

Im Anschluss daran widmete sich Dinnen dem Konflikt auf den Salomonen und damit der australischen Pazifikpolitik. In seinem detailliert vorgetragenen Beitrag schilderte Dinnen zunächst den Verlauf des Konflikts auf den Salomonen. Geprägt durch die Kenntnis der Akteure vor Ort zeichnete er die australisch geführte RAMSI-Intervention auf den Salomonen und ihre regionalen Auswirkungen nach und setzt diese in ein Gesamtkonzept der australischen Pazifikpolitik der kürzlich abgewählten Regierung Howard, die vor allem auf zwei Säulen ruht. Er identifizierte die erste Säule als einen strukturellen Wechsel von einer passiven hin zu einer aktiven interventionistischen Pazifikpolitik. Grundlage dieser Politik ist die zweite Säule der globalen Rolle Australiens im Zeichen veränderter sicherheitspolitischer Anforderungen im Antiterrorkampf an der Seite der USA. Diese erfordert ein aktives regionales Handeln vor dem Hintergrund sogenannter „failed states“. Schließlich wagte Dinnen noch einen Ausblick auf die australische Pazifikpolitik des neuen Premiers Rudd. Dinnen erwartet hier keine strukturelle Änderung in der Ausrichtung, wohl aber einen weitaus moderateren Stil, der das Vertrauen der pazifischen Staaten in Australien wieder stärken dürfte.

Am zweiten Konferenztage sprach Garasu über die Rolle der Frauen während der zehnjährigen Blockade der Insel Bougainville durch die Streitkräfte von Papua-Neuguinea (PNG). In ihrem Vortrag zeichnete Garasu das Bild starker weiblicher Persönlichkeiten, die aufgrund matrilinearere Familienstrukturen Einfluss auf Politik und Gesellschaft nehmen konnten. Sie selbst nutzte den legitimen Herrschaftsan-

spruch „starker“ Frauen couragiert aus, indem sie zwischen den Rebellen der Panguna-Mine, den Streitkräften PNGs und der Bougainville Revolutionary Army vermittelte. Sie schilderte, wie unter Zuhilfenahme einer „mütterlichen“ Rolle militärische Hierarchien aufzubrechen waren, so dass zwischen den obersten Kommandierenden der zerstrittenen Parteien Gespräche geführt werden konnten. Garasu beschrieb das langjährige zivile Engagement der Frauen, das trotz z.T. gewalttätiger Repressionen von Erfolg gekrönt war. Ihre Arbeit ist ein eindruckliches Beispiel für die Kraft von (weiblicher) Tradition im Kampf gegen die von Männern beherrschte Krisen- respektive Kriegssituation.

Das erkannte auch der australische Botschafter in Deutschland, Ian Kemish, an. Australien stehe als reiches Land im Pazifik besonders in der Verantwortung für die Region, sagte Kemish. So werde die neue Regierung unter Premierminister Kevin Rudd das Entwicklungshilfebudget von 0,3 auf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Auch sei ein Pazifikminister ernannt worden. 80 Prozent aller Hilfsgelder in den Nachbarstaaten kommen aus Canberra. "Unser Interesse ist eine wirtschaftlich stärkere, politisch stabilere und sichere Region", unterstrich Kemish. Er bedauerte den Rückzug vieler deutscher Entwicklungshilfeorganisationen aus der Region und forderte ein stärkeres Engagement der BRD im Pazifik ein.

Pfarrer Hummel umriss in seinem Vortrag die Unterdrückung der einheimischen Papuas im westlichen Teil der Insel Neuguinea durch die Indonesier, die Westpapua 1962 als Provinz annektierten. Die bereits zugesagte Unabhängigkeit durch die niederländische Kolonialmacht wurde zurückgenommen, als Indonesien die Möglichkeit sah, die unermesslich reichen Bodenschätze des Landes für sich zu nutzen. Die Papuas werden als „Bürger zweiter Klasse“ behandelt und obwohl Indonesien durch eine umfassende Gesetzgebung an demokratische Grundsätze gebunden ist, kommt es ständig zu Menschenrechtsverletzungen, zum „Verschwindenlassen“ von unliebsamen Papua-Aktivisten und zum gewaltvollen Vorgehen gegen die Befürworter einer papuanischen Unabhängigkeit. Erst seit kurzem laufen die Bemühungen seitens der Kirchen und der Zivilgesellschaft, Papua als „Land des Friedens“ zu etablieren. Überraschenderweise hat sich auch das sonst so aggressiv auftretende Militär dieser Kampagne angeschlossen. In seinem Fazit erklärte Hummel, dass die einzige Möglichkeit zum dauerhaften Frieden die Durchsetzung der bereits mehrfach von der indonesischen Regierung angekündigten „speziellen Autonomie“ für die Provinz Papua ist.

Die 80 Teilnehmer der Tagung aus Deutschland, Österreich und der Schweiz verfassten eine Abschlusserklärung, in die Ergebnisse aus den Workshops zu den jeweiligen Ländern miteinfließen und in der sie ihre Solidarität mit den von Konflikten und Krisen betroffenen Völkern äußerten.